



NEWSLETTER

Christian Piwarz

März 2016

Ihr Landtagsabgeordneter im Dresdner Osten

Neues aus dem Landtag – Januar 2016

Wahl von Mitgliedern des Verfassungsgerichtshofes des Freistaates Sachsen

Der erste Plenartag begann mit der turnusgemäßen Wahl von zwei Mitgliedern des sächsischen Verfassungsgerichtshofes. Zur Wahl standen die Vizepräsidentin des Oberlandesgerichts Dresden, Birgit Munz, und der Vizepräsident des Sächsischen Obergerichtes, Dr. Matthias Grünberg. Frau Munz wurde mit 114 Ja-Stimmen als Präsidentin und Herr Dr. Grünberg mit 112 Ja-Stimmen als berufsrichterliches Mitglied des sächsischen Verfassungsgerichtshofes wiedergewählt und erhielten damit deutliche Mehrheiten.

Frau **Präsidentin Birgit Munz** wurde am 14. November 1954 in Wanne-Eickel geboren und trat im November 1981 in den höheren Justizdienst des Landes Nordrhein-Westfalen ein. Dort war sie beim Landgericht Bonn und im Wege der Abordnung beim Oberlandesgericht Köln tätig. Im September 1997 wechselte Birgit Munz in die sächsische Justiz und wurde zur Vorsitzenden Richterin am Landgericht Dresden ernannt. Zum 1. Mai 2003 wurde Birgit Munz als Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht an das Oberlandesgericht Dresden versetzt. Seit Januar 2005 ist sie zudem Vorsitzende des Dienstgerichtshofs für Richter. Ab dem 1. März 2007 trat sie am Oberlandesgericht Dresden als Vizepräsidentin die Nachfolge von Ulrich Hagenloch an, der im Dezember 2006 die Leitung des Oberlandesgerichts übernommen hatte.

Herr **Dr. Matthias Grünberg** wurde am 10. März 1961 in Mannheim geboren. Seine berufliche Laufbahn begann er 1991 in Karlsruhe. Zum 1. Januar 1994 wechselte Dr. Matthias Grünberg an das Staatsministerium der Justiz. Im August 1998 folgte seine Ernennung zum Richter am Sächsischen Obergericht. Von Mai 2000 bis Oktober 2004 leitete Dr. Matthias Grünberg das Referat für die Juristischen Staatsprüfungen im Staatsministerium der Justiz. Am 1. November 2004 wurde er zum Präsidenten des Sozialgerichts ernannt. Zum 1. Januar 2008 übernahm er das Amt des Vizepräsidenten des Obergerichtes mit Sitz in Bautzen.

Wiederwahl von Lutz Rathenow als Stasi-

Der sächsische Verfassungsgerichtshof ist das Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen. Er steht gleichberechtigt gegenüber dem Sächsischen Landtag und der Staatsregierung. Seine Richter sind unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Die Richter werden für neun Jahre vom Sächsischen Landtag mit einer Zweidrittelmehrheit gewählt. Dem Verfassungsgerichtshof gehören insgesamt neun Richter und die gleiche Anzahl Stellvertreter an.

Unterlagenbeauftragter

Ebenso turnusgemäß stand die Wahl des Sächsischen Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik auf der Tagesordnung. Für das Amt wurde der bisherige Landesbeauftragte Lutz Rathenow erneut von der Staatsregierung vorgeschlagen. Herr Rathenow wurde in seinem Amt in geheimer Wahl mit 76 Ja-, 33 Nein-Stimmen und 11 Enthaltungen bestätigt.

1992 wurde die Behörde des sächsischen

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202 | 01259 Dresden
Tel.: 0351 - 32 31 666 | Fax: 0351 - 451 031 55 20
www.christian-piwarz.de | christian.piwarz@slt.sachsen.de



Landesbeauftragten ins Leben gerufen. Die Behörde berät seitdem die Bürger bei der Akteneinsicht und die sächsische Verwaltung bei der Überprüfung von Akten des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes. Die Arbeit der Landesbehörde verhindert die Ausblendung der Alltagserfahrungen und Lebenswirklichkeiten einer großen Mehrheit der Bevölkerung in der DDR und schafft der heutigen Generation den Zugang zu diesen Informationen. Gerade im Interesse der jungen Generation ist es wichtig, die Wirkungsweisen diktatorischer Herrschaftsformen in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR in ihrer Gesamtheit aufzuarbeiten. ■

Mehr Staat – Mehr Demokratie

Die Ergebnisse der Sondersitzung der Staatsregierung mit einem umfangreichen Maßnahmenpaket zu Integration und Innerer Sicherheit waren Gegenstand der von CDU und SPD beantragten aktuellen Debatte „Sachsen handelt – starker Staat, Förderung von Demokratie und Integration“. In seiner Rede machte Innenminister Markus Ulbig deutlich, dass der Kabinettsbeschluss vom 4. März ein klares Bekenntnis für einen starken Staat, für die Sicherheit der Bürger und die Stärkung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist.

Der Eckwertebeschluss sieht vor: Der Stellenabbau bei der Polizei wird gestoppt und es werden mehr Polizisten eingestellt als bisher geplant. Das bedeutet, dass die polizeilichen Ausbildungsstellen von 400 in 2016 auf 500 in 2017 und 600 in 2018 angehoben werden. Auch im Bereich der Justiz wird es keinen Stellenabbau mehr geben und wieder mehr Menschen eingestellt. Aus Sicht des sächsischen Innenministers kämpfen die sächsische Polizei und die Justiz seit Monaten gegen den Anstieg von extremistischen Straftaten in Sachsen. Mit dem Eckwertebeschluss reagiert die Staatsregierung auf diese Entwicklung und schafft die Voraussetzung für eine engere Zusammenarbeit von Polizei und Justiz, um



mehr Sicherheit für die sächsischen Bürger und eine effektive Strafrechtsverfolgung zu gewährleisten.

Neben dem Ausbau der Sicherheit ist die Integration einer der Schwerpunkte in der kommenden Zeit. Mit dem sogenannten Integrationspaket stellt die Staatsregierung dafür 34,4 Millionen Euro zur Verfügung. Die Maßnahmen des Integrationspaketes sind ein flächendeckendes Angebot von „Wegweiskursen“ in den Erstaufnahmeeinrichtungen, um grundlegende Kenntnisse über den Alltag in unserem Land und in unserer Gesellschaft sowie um erste Deutschkenntnisse zu vermitteln. Außerdem werden die Angebote von Frauenhäusern und Beratungsstellen für Frauen mit Migrationshintergrund vergrößert. Die vielen ehrenamtlich Tätigen werden auch berücksichtigt: Der Freistaat bietet in Zukunft mehr Fortbildungskurse für das interkulturelle Verständnis an.

Das Integrationspaket sieht zusätzlich ein größeres Angebot von Sprachkursen nach der Zuweisung in die Kommunen vor. So wird beispielsweise die finanzielle Unterstützung der Sprachkurse für Migranten um vier Millionen Euro und die Finanzierung der Alphabetisierungskurse um zwei Millionen Euro erhöht.

Christian Piwarz Mdl

Pirnaer Landstraße 202 | 01259 Dresden
Tel.: 0351 - 32 31 666 | Fax: 0351 - 451 031 55 20
www.christian-piwarz.de | christian.piwarz@slt.sachsen.de



Insgesamt betrachtet, nehmen 5500 Migranten an einem Deutschkurs und 2000 Migranten an einem Alphabetisierungskurs in Sachsen teil. Die zusätzlichen Mittel machen deutlich, dass Sachsen dafür Sorge trägt, dass alle Migranten mit einer guten Bleibeperspektive schnell Teil unserer Gesellschaft werden können.

Für die CDU-Fraktion ist das Maßnahmenpaket der richtige Weg für ein sicheres und integratives Sachsen. Die zusätzlichen Polizisten sind dabei ein entscheidender Beitrag. Integration ist eine zentrale Aufgabe, die wir gemeinsam lösen müssen. Allerdings ist sie kein Selbstläufer! Nur mit einer exakten Ausrichtung und intelligenten Verzahnung der Landes- und Bundesprogramme, wie den Deutschkursen, kann Sachsen eine erfolgreiche Integration gelingen. Deutsch ist unsere Amtssprache und ermöglicht allen Flüchtlingen den Zugang in unsere Gesellschaft. ■

Schulische Bildung und Integration stärken



Mit dem gemeinsamen Antrag „Spracherwerb und Wertevermittlung als Schlüssel für Bildung und Integration“ wollen die Koalitionsfraktionen die schulische Integration von

jugendlichen Migranten und die Vermittlung unserer kulturellen Traditionen und Werte des demokratischen Zusammenlebens verbessern, um jugendliche Migranten schneller in unsere Gesellschaft zu integrieren.

Für die CDU-Fraktion spielt die Schule dabei eine zentrale Rolle, weil sie alle Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund erreicht. Ziel ist eine bedarfsgerechte Einstellung von Lehrern für Deutsch als Zweitsprache. Die Zahl der Vorbereitungsklassen für jugendliche Migranten liegt mittlerweile bei 465 (zum Schuljahresstart waren es 290) mit über 7.500 Schülern (SJ-Start: 3.700). Das ist ein Anstieg von mehr als 70 Prozent. Über die drei sogenannten „Asylpakete“ wurden bislang 290 zusätzliche Lehrkräfte für Deutsch als Zweitsprache eingestellt. Auch die Zusammenarbeit der Schulen mit außerschulischen Partnern wie der Landeszentrale für politische Bildung, Migrantenorganisationen und Vereine muss verbessert werden, um die Wertevermittlung auch in außerschulischen Kooperationen und schulischen Ganztagsangeboten umzusetzen.

Eine weitere Forderung des Antrags ist ein geschlossenes Integrationskonzept des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus, um bereits in den Vorbereitungsklassen die Grundkenntnisse des demokratischen Zusammenlebens besser zu vermitteln. Die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund läuft dabei in drei Etappen: reiner Sprachunterricht in Vorbereitungsklassen, teilweise Integration in wenig sprachbetonte Fächer (z.B. Sport, Kunst, Mathe) und vollständige Integration in die Regelschule. Hier müssen neue Ansätze für einen verständlicheren Unterricht gefunden werden, um allen jungen Migranten unsere Werte, Kultur und Demokratie näher zu bringen. Für die CDU bleibt klar: Wer bei uns Gast ist und heimisch werden will, muss unsere Normen und Werte kennen und akzeptieren! ■

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202 | 01259 Dresden
Tel.: 0351 - 32 31 666 | Fax: 0351 - 451 031 55 20
www.christian-piwarz.de | christian.piwarz@slt.sachsen.de



Moderne Demokratie braucht Dialog

Die beispiellose Bürgerbeteiligung bei den Beratungen zum neuen Schulgesetz war Gegenstand der aktuellen Debatte „Die Bürgerforen zum Schulgesetz – eine moderne Demokratie braucht Dialog“ zu Beginn des zweiten Plenartages. Gemeinsam mit den Bürgern, Verbänden und Institutionen wurde der Entwurf für das Gesetz intensiv diskutiert. In neun Bürgerforen in ganz Sachsen mit insgesamt gut 1.000 Teilnehmern wurden zahlreiche Meinungen und Ideen für den neuen Gesetzesentwurf ausgetauscht. Themen waren die Inklusion, die Eigenverantwortung der Schulen, die Schulausstattung und die Schulstruktur im ländlichen Raum. Zusätzlich gab es 450 schriftliche Stellungnahmen von Verbänden und Institutionen und 800 Online-Stellungnahmen von Bürgern.

Für die CDU-Fraktion ist die hohe Bürgerbeteiligung ein positives Zeichen für die steigende gesellschaftliche Akzeptanz von gut kommunizierten politischen Entscheidungen. Demokratie lebt nicht zuletzt vom Bürgerdialog. Eine direkte Beteiligung der Bürger über die von der Regelung betroffenen Verbände und Organisationen hinaus an einem Gesetzgebungsverfahren hat es bisher in Sachsen so nicht gegeben und sie ist im Rahmen des regulären Gesetzgebungsverfahrens in einer repräsentativen Demokratie auch nicht unbedingt vorgesehen. Dass dennoch dieser Weg gewählt wurde – noch dazu bei einem Gesetzesvorhaben, das zumindest gefühlt jeden Bürger in Sachsen betrifft – zeigt, dass die Meinung der Bürger ernst genommen wird.

Nun ist es an der Staatsregierung, alle Hinweise und Ideen auszuwerten und zu prüfen, inwieweit sie in das Gesetz aufgenommen werden können. Ende April soll die zweite Kabinettsbefassung des Gesetzes erfolgen. Anschließend wird das Gesetz zur Beratung und Beschlussfassung an den Sächsischen Landtag überwiesen. Hier schließt sich wiederum ein intensives parlamentarisches Beratungsverfahren an. Ziel ist ein qualitativ gutes und modernes Schulgesetz. ■

Hospizarbeit stärken

Der Ende vergangenen Jahres im Bundestag verabschiedete Gesetzentwurf zur Stärkung der Hospiz- und Palliativversorgung in Deutschland und eine im November 2015 stattgefundene Anhörung im Sozialausschuss des Sächsischen Landtages zur Hospiz- und Palliativversorgung waren der Grund für den gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen „Sterbenden, Angehörigen und Trauernden beistehen - Hospizarbeit stärken“.

Der Freistaat Sachsen ist im Bereich der Hospiz- und Palliativversorgung ordentlich aufgestellt. Sachsen fördert den ambulanten Hospizdienst in Höhe von jeweils ca. 640.000 Euro in 2015 und ca. 648.000 Euro in 2016. Allerdings fehlt die Vernetzung zwischen den ambulanten und stationären Einrichtungen in den Kommunen und auf Landesebene. Die Koalitionsfraktionen wollen mit dem Antrag eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Einrichtungen ermöglichen und die finanzielle Unterstützung der Hospiz- und Palliativversorgung in Sachsen sichern. Gleichzeitig sollen die ehrenamtlichen Helfer im Hospiz- und Palliativbereich besser unterstützt und anerkannt werden.

Eine Forderung der CDU-Fraktion in diesem Zusammenhang ist, einen Bericht über die aktuelle Situation der Hospiz- und Palliativarbeit im Freistaat Sachsen zu erstellen und die sogenannte Hospizstudie weiterzuführen. Die Hospizstudie „Studie zu Standorten und demographischen Rahmenbedingungen von Hospizangeboten in Sachsen“ wurde 2013 vorgelegt. Ziel dieser Studie ist, einen aktuellen Statusbericht zu Standortdichte, räumlicher Bedarfsabdeckung und demografischen Rahmenbedingungen für die ambulante und stationäre hospizliche und palliative Versorgung in Sachsen zu erstellen.

Neben der Hospizstudie ist die Unterzeichnung der Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland eine weitere Forderung. Die Unterzeichnung der

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202 | 01259 Dresden
Tel.: 0351 - 32 31 666 | Fax: 0351 - 451 031 55 20
www.christian-piwarz.de | christian.piwarz@slt.sachsen.de



Charta war eine wesentliche Forderung aus der Anhörung im Sozialausschuss. Diese wurde 2010 vorgestellt. In fünf Leitsätzen und ergänzenden Erläuterungen zeigt die Charta die gesellschaftspolitischen Herausforderungen

auf, benennt Anforderungen an die Versorgungsstrukturen und die Aus-, Weiter- und Fortbildung. Aktuell haben die Charta 1.356 Organisationen und Institutionen sowie 14.832 Einzelpersonen unterzeichnet. ■

Landtag in Schülerhand - Planspiel Mit dem LandesSchülerRat

Schüler lernen in der Schule wie der Sächsische Landtag gewählt wird, wie er sich zusammensetzt, wofür er zuständig ist und was seine Instrumente sind. Die eigentliche Politik, nämlich die Inhalte, die Prozesse der Meinungsbildung in den Fraktionen und Ausschüssen, die Verhandlungen mit dem Koalitionspartner und Fraktionen und die Notwendigkeit zu Kompromissen, wird dagegen kaum thematisiert.

Der Landesschülerrat Sachsen und die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung bieten Schülern mit dem „Planspiel Landtag“ die Möglichkeit Politik selbst zu erleben. Am 27. Februar durfte ich die mittlerweile 3. Auflage des Planspiels als Berater unterstützen.

Zuerst wurde die Fraktionszugehörigkeit der über 120 Teilnehmer zu je einer der fiktiven Fraktionen „Die Ökologischen“, „Die Konservativen“, „Die Anderen“ oder „die Sozialen“ ausgelost. Zugelost wurden auch die vier unterstützenden Landtagsabgeordneten. Als Berater der "Sozialen" musste auch ich mich in eine neue Rolle reindenken und meine eigenen Ansichten zeitweise über Bord werfen. Debattiert wurde die Kennzeichnungspflicht von Polizisten, ein Tanzverbot an bestimmten



Feiertagen, ein Antrag über die frühere sexuelle Aufklärung in Schulen sowie Volksentscheide. Im Schnelldurchlauf, aber beeindruckend realitätsnah absolvierten die Schüler die Abläufe eines Gesetzgebungsverfahrens. Sie mussten ihre Positionen intern bestimmen und für Mehrheiten verhandeln. Dabei waren die Mitglieder der Regierungsfaktionen an den Koalitionsvertrag gebunden, mussten Kompromisse eingehen, um eigene Positionen durchzusetzen. Wie im wahren Parlamentsbetrieb nicht immer ganz einfach, die Verhandlungsergebnisse in der Abstimmung mitzutragen. Nach teils rhetorisch bereits ausgereiften aber auch unterhaltsamen Redebeiträgen wurde natürlich im Plenum abgestimmt. Dabei schrieben die Parlamentarier für einen Tag (fast) Geschichte und absolvierten einen Hammelsprung.

Ein rundum gelungenes Experiment parlamentarische Demokratie zu vermitteln, das den Jugendlichen ganz offensichtlich eben so viel Spaß gemacht hat wie mir. ■



Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202 | 01259 Dresden
Tel.: 0351 - 32 31 666 | Fax: 0351 - 451 031 55 20
www.christian-piwarz.de | christian.piwarz@slt.sachsen.de



CDU

DIE SÄCHSISCHE UNION

Sondersitzung: Landtag befasst sich mit Clausnitz und Bautzen

Radikalisierung mit starkem Staat und starker Zivilgesellschaft entgegentreten

Am 29. Februar traf sich der Landtag zu einer Sondersitzung, in der Ministerpräsident Stanislaw Tillich eine Regierungserklärung abgab. Unter der Überschrift „Starker Staat und aktive Bürger: Gemeinsam unsere Werte verteidigen und Radikalisierung bekämpfen“ betonte der Ministerpräsident, dass die Zivilgesellschaft vor einer Herausforderung steht und Sachsen stärker gegen den Rechtsextremismus vorgehen muss. Anlass waren die erneuten rechtsextremen Vorkommnisse vor Flüchtlingsunterkünften, diesmal in Bautzen und Clausnitz.

„Es ist ein jämmerliches und abstoßendes Verhalten, wenn Flüchtlinge attackiert, Unterkünfte angezündet und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung missbraucht werden,“ wertete Tillich die ausländerfeindlichen Ereignisse und resümierte: „Sachsen hat ein Problem mit Rechtsextremismus“.

Dieser Entwicklung müssen wir noch stärker entgegentreten, indem „ein starker Staat und aktive Bürger gemeinsam eine gesellschaftliche Mobilisierung in Sachsen schaffen, die unsere Werte verteidigt und Radikalisierung entschieden bekämpft. Das erreichen wir, wenn wir uns weiter um zukunftsfähige Arbeit, gute Bildung und umfassende Sicherheit für alle in unserem Freistaat Sachsen kümmern. Das erreichen wir, wenn wir bei der Integration den Dreiklang von Werten, Sprache und Teilhabe einhalten.“

Bereits Anfang März werden die sächsischen Minister in ihrer Kabinettsitzung ein weiteres Handlungsprogramm für Integration, unter Berücksichtigung aller Bundes- und Landesprogramme, vorbereiten. Neben dieser soliden und zielorientierte Integrationspolitik für den Freistaat Sachsen, kündigte Tillich eine „Demokratiekonferenz“ am 30. Mai an. Hier sollen



neue Beteiligungsformen diskutiert werden.

Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Frank Kupfer schloss sich in seiner anschließenden Rede nahtlos dem Ministerpräsidenten an und verurteilte die ausländerfeindlichen Vorkommnisse scharf. Die Fakten zu den Geschehnissen sind schnellstmöglich aufzuarbeiten und mit allen Mitteln des Rechtsstaats hart und entschlossen zu verfolgen. Die populistischen Schuldzuweisungen und Pauschalisierungen der letzten Tage ließ auch Kupfer nicht unwidersprochen: „Ich bin ein Sachse und ich bin stolz auf dieses Land und darauf, was wir gemeinsam in den letzten 26 Jahren aufgebaut haben. Das lasse ich mir von niemandem schlecht reden.“ Sachsen habe seit den 90er Jahren mit verschiedenen Programmen auf rechtsextreme Tendenzen reagiert. Die Mittel für das Programm „Weltoffenes Sachsen“ beispielsweise immer weiter aufgestockt. Und auch er muss feststellen: Ja, Sachsen hat ein Rechtsextremismusproblem. Es muss nun evaluiert werden, welche Maßnahmen sinnvoll, oder eben leider nicht, gegen eine Radikalisierung wirklich wirksam waren. Die effizienten Ansätze müssen dann weiter verstärkt werden. Und es bleibt dabei: Die CDU-Fraktion will, dass die Integration in Sachsen gelingt. Das heißt aber auch fördern und fordern mit dem Ziel der vollen Integration der Migranten in unsere Gesellschaft und Werte. ■

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202 | 01259 Dresden
Tel.: 0351 - 32 31 666 | Fax: 0351 - 451 031 55 20
www.christian-piwarz.de | christian.piwarz@slt.sachsen.de



Neues aus dem Landtag – Februar 2016

Mindestlohn – Ausblick und Bilanz

Seit dem 1. Januar 2015 gilt ein bundesweit einheitlicher Mindestlohn. Auf Wunsch unseres Koalitionspartners debattierte der Sächsische Landtag die Auswirkungen dieser vom Bundestag eingeführten Regelung und zog differenziert Bilanz. Während die SPD die Lohngerechtigkeit in Deutschland verbessert sieht, sind die Wirkungen auf einzelne Branchen und Regionen noch gar nicht absehbar.

Bis zum 30. Juni 2016 wird die Mindestlohnkommission ihre Analyse und Vorschläge zur Neuregulierung des Mindestlohngesetzes erarbeiten und der Öffentlichkeit zugänglich machen. Dafür ist ein enger Kontakt zu den Gewerkschaften und den Arbeitgebern wichtig, um praxisnahe Empfehlungen für den Arbeitsmarkt geben zu können.

Im Vorfeld der Ergebnisse der Kommission stellt die CDU-Fraktion den Mindestlohn nicht in Frage, allerdings sehen wir die damit verbundenen Belastungen der sächsischen Unternehmen wie die Aufzeichnungspflicht oder die fehlende flexible Arbeitszeitplanung sehr kritisch. Hier muss zeitnah nachgebessert werden, denn Bürokratie und Kosten schränken die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft ein. Eine Möglichkeit zur Erhöhung der Flexibilität in der Arbeitszeitplanung für die Unternehmen, aber auch für die Arbeitnehmer wäre mit der Einführung einer maximalen Wochenarbeitszeit von 48 Stunden möglich. Damit würde geltendes europäisches Recht 1:1 umgesetzt und für die gesamte Wirtschaft eine Anpassung an moderne Arbeitsprozesse ermöglicht.

Eine derzeitige Erhöhung des Mindestlohns würde in Sachsen sozialversicherungspflichtige Stellen abbauen. Hierin sind sich die Regierungskoalitionen CDU und SPD einig. ■

Europa braucht eine Migrationsagenda

Mit dem gemeinsamen Antrag „Europäische Migrationsagenda und gerechte Verteilung der Flüchtlinge in Europa“ haben die Koalitionsfraktionen die Einhaltung europäischen Rechts gefordert und die Staatsregierung beauftragt sich auf allen Ebenen für eine einheitlich europäische Strategie zur Regulierung des Flüchtlingsstroms einzusetzen.

Fakt ist: Das Dubliner Abkommen mit seiner Drittstaatenregelung wird derzeit nicht angewandt und ein effizienter Schutz der EU-Außengrenzen besteht nicht, wodurch die Freizügigkeit für die EU-Bürger im Schengen-Raum durch nationale Grenzkontrollen eingeschränkt wird.

Aus Sicht der Koalitionsfraktionen ist es unerlässlich, dass sich die Staatsregierung im Rahmen Ihrer Möglichkeiten auf allen Ebenen dafür einsetzt, dass

- humanitäre Hilfe für Menschen in Not geleistet wird;
- die Flüchtlinge zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union gerechter verteilt werden und hierbei insbesondere gegenüber den übrigen Mitgliedsstaaten für solidarische und verbindliche Regelungen zu werben;
- eine neue, gemeinsame europäische Migrationspolitik, insbesondere ein gemeinsames europäisches Asylrecht geschaffen wird, dass die Mitgliedsstaaten und die Europäische Union in die Lage versetzt, eine Vielzahl von Flüchtlingen human und in geordneter Form aufzunehmen und einem fairen Verfahren zu zuführen;
- vergleichbare Standards in der EU bei der Aufnahme von Flüchtlingen geschaffen werden;
- konsequenter gegen die Schleusungskriminalität vorgegangen und das Schengener Abkommen eingehalten wird;
- die Wirtschaftspolitik und die Entwicklungshilfe Deutschlands und Europas nachhaltig so ausgestaltet wird, dass sie den Ursachen der Migration begegnet.

In der Bewältigung des Flüchtlingsstroms kommen Italien und Griechenland eine besondere Verantwortung zu. Zum einen muss ein effizienter Schutz der EU-Außengrenzen erfolgen, um die irreguläre Migration einzuschränken. Zum anderen sollen noch in diesem Monat Hotspots eingerichtet werden, in denen Flüchtlinge registriert werden. Dazu gehört es, dass ihnen Fingerabdrücke abgenommen und ihre Daten in einer EU-Sicherheitsdatei geprüft werden. Dies ist unerlässlich! Erst nach dieser Registrierung sind sie solidarisch auf die europäischen Staaten zu verteilen.

Und auch in dieser Debatte hat die CDU nochmals nachdrücklich auf die Anforderungen zur Integration verwiesen. Das heißt nicht nur schnell die deutsche Sprache zu lernen und die Regeln zu kennen – sondern Teil der deutschen Gesellschaft zu werden. Für die CDU-Fraktion ist die Flüchtlingsfrage dabei nicht nur eine soziale und humanitäre, sondern auch eine Frage der inneren Sicherheit. Nur mit genügend Sicherheit können wir ein Europa der Freiheit und Humanität garantieren. ■

Die Zukunftsbranche Kultur- und Kreativwirtschaft weiter fördern

„Kultur- und Kreativwirtschaft – Förderung einer wachstumsstarken Zukunftsbranche“ – der Titel des gemeinsam von CDU und SPD eingebrachten Antrags umschreibt die Zielsetzung bereits umfassend. Die Koalitionsfraktionen verbessern die Fördermöglichkeiten für die Unternehmen der Kreativwirtschaft, um weitere wirtschaftliche Potentiale für Sachsen zu generieren.

Die Branche umfasst bereits heute 11.000 sächsische Unternehmen. Jährlich 3,1 Milliarden Euro werden in diesen überwiegend kleinteilig organisierten Firmen umgesetzt. Deshalb ist es zielführend, mit einer Anschubfinanzierung für ein selbstorganisiertes Kompetenzzentrum die Vernetzung der Branche untereinander und mit anderen zu

befördern und so die Clusterbildung voranzutreiben. Daneben sollen mehr Weiterbildungskurse für Selbständige und ein stärkerer Austausch zwischen den Unternehmen durch ein gemeinsames Landeskompetenzzentrum angeboten werden. Im aktuellen Doppelhaushalt stehen dafür zusätzlich 500.000 Euro zur Verfügung. Mit einem Handbuch über die Branche der Kultur- und Kreativwirtschaft soll ein tieferer Einblick in die Vielfalt der Zukunftsbranche ermöglicht werden. ■

Wir für Sachsen – bürgerschaftliches Engagement wird gestärkt

Bürgerschaftliches Engagement ist einer der Grundpfeiler unseres freiheitlich-demokratisch gefassten Staates. Unser Gemeinwesen lebt davon, dass sich Bürger aktiv einbringen und freiwillig Verantwortung übernehmen. Jeder Dritte ist in Sachsen ehrenamtlich im Sport, Kultur, Umwelt oder im sozialen Bereich aktiv.



Auf Initiative der CDU-Fraktion würdigte der Sächsische Landtag in einer aktuellen Debatte die Bürger und Bürgerinnen, die diesen wichtigen Beitrag für unsere Zivilgesellschaft leisten. Bereits seit 1999 stärkt der Freistaat mit dem bundesweit einmaligen Förderprogramm "Wir für Sachsen" dieses Engagement. Wer im Ehrenamt tätig ist, investiert nicht nur Zeit, sondern trägt beispielsweise auch Fahrt-

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202 | 01259 Dresden
Tel.: 0351 - 32 31 666 | Fax: 0351 - 451 031 55 20
www.christian-piwarz.de | christian.piwarz@slt.sachsen.de



CDU

DIE SÄCHSISCHE UNION

kosten. Hier werden wir zukünftig noch stärker unterstützen und das Ehrenamt elf, statt bisher neun Monate fördern. Das ist ein Plus von 80 Euro pro Ehrenamtler. Die Koalition von CDU und SPD hat dafür die Mittel im Förderprogramm auf 10 Millionen Euro erhöht. ■

Antrag "Sicherheit im Fußball - Stärkung der sächsischen Fanprojekte" beschlossen

Sachsen ist ein Fußballland - geprägt von traditionsreichen Vereinen und einer lebendigen Fankultur. Darunter leider auch gewaltbereite Anhänger, die regelmäßig einen erheblichen Kräfteinsatz zur Begleitung der Spiele erfordern. Die Sicherheit der mitfiebernden Anhänger in und vor dem Stadion bleibt daher ein wichtiges Thema für die CDU:

Wir wollen die Zahl der eingesetzten Polizisten durch Deeskalationsstrategien und Kommunikation verringern – ohne die Sicherheit zu reduzieren.

Außerdem soll die hervorragende Arbeit der Fanprojekte eine höhere finanzielle Förderung erhalten. Die CDU-Fraktion kündigte an, die notwendigen Haushaltsmittel für die Initiativen zur Verfügung zu stellen. So sieht es ein Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vor, der am 04. Februar mit breiter Mehrheit vom Landtag verabschiedet wurde.



»Politik schießt keine Tore. Aber wir können helfen, die Sicherheit beim Fußball zu erhöhen.«

Christian Hartmann | Innenpolitischer Sprecher

Beide Fraktionen hatten 2015 einen umfangreichen Bericht der Staatsregierung zu allen sicherheitsrelevanten Aspekten und Beteiligten im Umfeld von Fußballspielen initiiert. Zu dem wurden in einer öffentlichen Anhörung Sachverständige gehört. Zu den konkreten Maßnahmen, die CDU und SPD in Folge dieses Prozesses auf den Weg gebracht haben, soll zukünftig von der Staatsregierung ein „Sächsischer Jahresbericht Fußball“ erstellt werden.

Seit 2008 werden die Fanprojekte zu je einem Drittel vom Freistaat, der Kommune und dem DFB finanziert. Nicht alle Kommunen stellen ausreichend Eigenmittel für die Fanarbeit bereit. Daher wird die Staatsregierung gebeten, umgehend gemeinsam mit den betroffenen Kommunen sicherzustellen, dass die Fanprojekte künftig effizienter die Mittel von DFB/DFL abrufen können. ■

Integration fördern durch Teilhabe am Arbeitsmarkt

„Wer nach Deutschland kommt, der muss sich integrieren“, so die klare Position der CDU-Fraktion. Neben dem Spracherwerb und der Akzeptanz unserer Werte und Normen ist die Eingliederung in den Arbeitsmarkt wesentlicher Bestandteil für eine gelingende Integration. Diese Integrationsaufgabe wollen die Koalitionsfraktionen aktiv angehen und die Voraussetzungen für die Teilhabe am Arbeitsmarkt von Flüchtlingen und Asylbewerbern mit hoher Bleibeperspektive verbessern.

In einem gemeinsam formulierten Antrag von CDU und SPD wird die Sächsische Staatsregierung beauftragt, ein Konzept vorzulegen, das die Initiativen und Angebote der Wirtschaft aufgreift, die Berufsausbildung der ausländischen Fachkräfte strukturiert und flankierende Maßnahmen, wie Deutschkurse, unterstützt. Das Konzept muss die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die für die Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit oder einer beruflichen Ausbildung durch anerkannte Asylbewerber und Flüchtlinge bestehen, berücksichtigen.

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202 | 01259 Dresden
Tel.: 0351 - 32 31 666 | Fax: 0351 - 451 031 55 20
www.christian-piwarz.de | christian.piwarz@slt.sachsen.de



tigen und ausländischen Fachkräften mit einer guten Bleibeperspektive ein Berufsangebot bieten.

Unabhängig davon bleibt die Sicherung des Fachkräftebedarfs in Dienstleistung, Industrie und Handwerk für die CDU-Fraktion eine der zentralen Aufgaben für die Wettbewerbsfähigkeit Sachsens. Damit der Einstieg in eine berufliche Ausbildung gelingt und möglichst zügig erfolgen kann, ist neben den rechtlichen Rahmenbedingungen auch die Bereitschaft der Unternehmen zur Ausbildung Jugendlicher mit Migrationshintergrund eine wesentliche Voraussetzung. ■

Studienerfolg an sächsischen Hochschulen verbessern

Die Voraussetzungen für einen späteren Studienerfolg sächsischer Schulabgänger werden sich weiter verbessern. Einen entsprechenden Antrag von CDU und SPD hat der Landtag am 03. Februar beschlossen. Ziel ist es, die Quote der Studienabbrecher deutlich zu senken.

Aus Sicht der CDU-Fraktion ist für den Studienerfolg eine gute Studien- und Berufsberatung an den Oberschulen und Gymnasien unerlässlich. Diese muss für künftige Studierende und Auszubildende weiter professionalisiert, stärker praxisorientiert und individualisiert werden, um unnötige Brüche in der Bildungsbiographie und den Verlust von Fachkräftepotenzialen zu vermeiden. In der Orientierungsphase sind die Internetpräsentationen der Studiengänge oftmals der erste Kontakt mit dem potentiellen Studium. Diese Angebote müssen die Hochschulen erstellen oder vorhandene weiter optimieren. Die jeweiligen Studiengänge sollten vor allem realitätsnäher Lerninhalte und Studienablauf präsentieren. Dabei stellt ein moderner Onlineauftritt für uns auch geeignetes Beratungsmaterial und Studienkonzeptionen bereit und informiert über mögliche Berufs- und Tätigkeitsfelder. Hier sieht die CDU weiteren Optimierungsbedarf um Absolventen

realistische Vorstellungen vom jeweiligen Studium zu vermitteln und „böse“ Überraschungen zu vermeiden.

Neuorientierungen während der Hochschulausbildung wird es aus unterschiedlichen Gründen dennoch weiterhin geben. Für die Betroffenen eine schwierige Situationen. Es braucht eine gute Beratung um den Studienabbrechern Alternativen aufzuzeigen.

Doch nicht jeder statistisch erfasste Studienabbrecher beendet tatsächlich sein Studium. Die bundesweite Erhebung der statistischen Daten sieht die CDU-Fraktion daher kritisch: Die Ursachen, wie beispielsweise ein Ortswechsel, werden oft nicht genau erfasst. Zudem hat sich die sächsische Hochschullandschaft in den letzten Jahren enorm entwickelt. Mehr Hochschulautonomie, mehr Wissenstransfer und die Forschungsexzellenz haben sie und die Gründe für einen Studienabbruch verändert. Auf Grundlage erweiterter Datenerhebungen sowie laufender Maßnahmen und Projekte sollen wichtige Faktoren identifiziert werden, die maßgeblich zum Studienerfolg beitragen bzw. zu einem Wechsel der Studienrichtung, des Studienortes oder auch zu einer beruflichen Neuorientierung während der Hochschulausbildung führen. Mit dem Antrag soll die statistische Erhebung entsprechend präzisiert werden. ■

Termine meiner Bürgersprechstunden

06.04.2016, 16-18 Uhr

Elbhangtreff

Plantanenweg 3, 01326 Dresden

27.04.2016, 16-18 Uhr

Ortsamt Prohlis

Prohlisser Allee 10, 01239 Dresden

sowie jederzeit nach Vereinbarung

Bildnachweise:

CDU-Landtagsfraktion, Pascal Ziehm.
www.cdu-fraktion-sachsen.de

Planspiel - (c) Christian Piwarz

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202 | 01259 Dresden
Tel.: 0351 - 32 31 666 | Fax: 0351 - 451 031 55 20
www.christian-piwarz.de | christian.piwarz@slt.sachsen.de



CDU

DIE SÄCHSISCHE UNION